

# BLICKPUNKT



Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim  
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Stadtrat R. Püschel

BLICKPUNKT Nr. 06

September 2008

Jahrgang 37

Immobilien gigant Gagfah fordert Nachschlag

## Die Heuschrecke frisst alles

Unverschämte Mieterhöhungen und Nachzahlungen für Heidenheimer Mieter  
OB Ilg (CDU), Lehmann CDU, Immo Grath (Freie Wähler) die ehemaligen Befürworter im Rathaus

„Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?“ Nach diesem Motto handeln die Befürworter des Aktien-Deals aus dem Jahr 2006. Trotz Warnungen, behaupteten damals, wieder besseren Wissens, die Heidenheimer Gemeinderatsmitglieder der CDU und Freien Wähler sowie OB Ilg, dass sich für die Mieter nichts ändern wird. Man versprach sogar einen „über gesetzliche Normen hinausgehenden Mieterschutz“. Das alles regele eine „Sozialcharta“, so der Oberbürgermeister Bernhard Ilg.

Nichts von alledem hat sich bewahrheitet. Schlimm dazu ist, dass die Heidenheimer Mieter so gut wie keinen Ansprechpartner in Heidenheim haben. Die Telefonnummer bei der Gagfah endet meistens in einer Warteschleife.

### Unzählbare Gier nach Profit

Vor wenigen Tagen mussten die Mieter ein weiteres Mal schmerzlich erfahren, wie genau es die Gagfah mit dem Mieterschutz hält. Vorerst bekamen über 50 Mieter eine Mietnachzahlung ins Haus geschickt. Weitere Erhöhungsschreiben sind angekündigt. Je nach Größe

der Wohnung verlangt die Gagfah eine Nachzahlung bis zu 900 Euro. Zusätzlich zu dieser Nachzahlung wird die Nettomiete erhöht.

Mietern, die diese drastische Mieterhöhung nicht akzeptieren wollten drohte die Gagfah mit dem Rauschmiss aus der Wohnung.

Heute, beinahe zwei Jahre nach dem „geheimen“ Aktienverkauf ist von

ken fallen.

### Wer ist verantwortlich?

Die politische Verantwortlichkeit für diese Mietpolitik muss bei der CDU und den Freien Wählern gesucht werden. Sie haben den geheimen Aktien-Deal unterstützt und ihn bis zum Schluss verteidigt.

### Wer bezahlt die Zeche?

Mit ihren Argumenten haben sie die Bevölkerung verunsichert und auch den Bürgerentscheid zu Fall gebracht. Sie sind es, die jetzt für die finanzielle Situation der Mieter aufzukommen haben.

### Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt

Mieter müssen sich gemeinsam wehren!

Starker politischer Druck könnte Signalwirkung geben. Mieterversammlungen, auch vor dem Rathaus oder dem CDU-Büro sind solche Signale.

Die DKP und ihre beiden Stadträte stehen solidarisch auf der Seite der Mieter und Mieterinnen.



der Sozialcharta nichts übrig geblieben. Klar, denn ein Immobilienkonzern wie die Gagfah lebt vom Immobiliengeschäft. Die unzählbare Gier nach Profit lässt alle soziale Schran-



**Unsozial ist was Armut schafft - neoliberale Politik schafft Armut  
CDU, SPD, Grüne, und FDP stehen für neoliberale Politik**



Sie nahmen gestern im Rathaus zum Verkauf der GBH-Aktien Stellung: Von links Meinrad Schad (Generalbevollmächtigter, Voith), Dieter Brünner (Vorstand Stadtwerke) OB Bernhard Ilg, Burkhard Drescher (Vorstandsvorsitzender Gagfah) und Thomas Bögerl (Vorstandsvorsitzender Kreissparkasse). Foto: rw

### Soziales Engagement

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Die GAGFAH GROUP sieht sich als Wohnungsunternehmen in besonderem Maße zu sozialem Handeln aufgerufen. Wir übernehmen Verantwortung gegenüber unseren Kunden und der **Gesellschaft und setzen dabei Maßstäbe.**

### Mieterschutz

Ein Ausdruck unseres sozialen Engagements sind die umfassenden Mieterschutzregelungen, die wir in Sozial-Chartas festgeschrieben haben. Dieser Mieterschutz ist für uns eine Investition in die Zukunft. Damit haben wir einen Sozialstandard definiert, der bundesweit Beachtung findet. Er wird immer wieder – auch wenn es um den kleinteiligen Verkauf von Wohnungen geht – als

**Maßstab für sozialverträgliches Handeln herangezogen.**

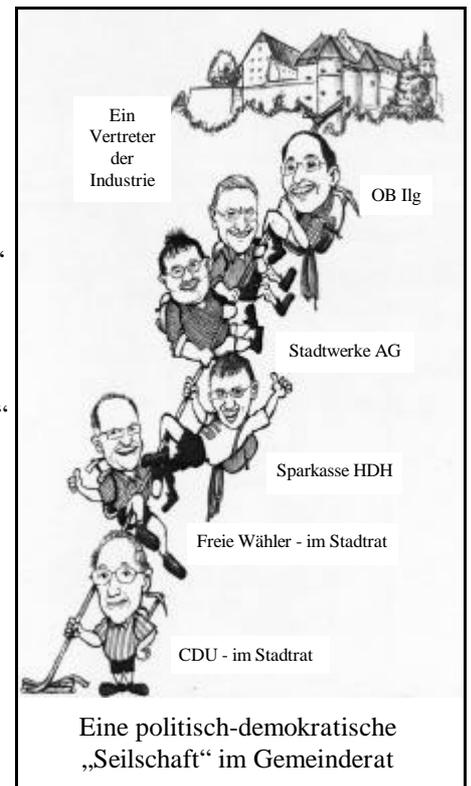
**Solche Sprüche stehen im Internet.**

**Und heute:**

**Steigende Mieten und sinkende Verwaltungskosten sollen für ein gutes Ergebnis sorgen. HNP 29.08.2008**

## Aussagen von den Befürwortern des Wohnungsverkaufs

- HNP 19.05.2006, **OB Ilg (CDU):** „Der Stadt Heidenheim ist nichts davon bekannt, dass GBH-Anteile verkauft werden sollen“.
- HZ 14.11.2006, **OB Ilg (CDU):** „Ein Vertrag, der über drei Stunden oder noch mehr zu lesen war und unglaublich viele Anhänge enthält, kann und wurde dem Gremium noch nie vorgelegt“.
- HZ 17.11.2006, **OB Ilg (CDU):** „Gagfah will nicht mit Wohnungen handeln, sondern zufriedene Mieter.“
- HZ 15.12.2006, **Immo Grath (Freie Wähler):** „Das ist der erste Schritt auf dem richtigen Weg hin zu einer zukunftsfähigen Stadt.“
- HZ 14.02. 2007, **OB Ilg (CDU)** „Uns war die Gagfah aber wichtig, weil sie die Wohnungen halten und nicht veräußern wird.“
- HNP 14.02.2007, **Gagfah Drescher:** „Wir sind exzellente sozial profilierte Vermieter“
- HNP 14.02.2007, **VOITH Schad:** „Wir stehen ohne Wenn und Aber zum Verkauf. Wohnraumversorgung auch für die Stadt ist keine Kernaufgabe. Auch Aktionäre haben Rechte.
- HZ 17.02.2007, **Gagfah Drescher:** „Wir leben von der Zufriedenheit unserer Mieter“ Wir sind Vermieter und keine Wohnungshändler“.
- HNP 19.02.2007, **Grüne Grath:** „Wohnungen seien keine städt. Grundaufgabe mehr. Mieterhöhungen müssten nicht befürchtet werden“.
- HNP 02.03.2007, **Lehmann CDU:** „Die Rechte der Mieter werden nicht geschmälert und bezahlbarer Wohnraum stehe weiter zur Verfügung“.
- HNP 30.03.2007, **Lehmann CDU:** „...ein für die ganze Stadt und alle Bürger vorteilhaftes Geschäft“.
- HNP 30.03.2007, **Immo Grath (Freie Wähler) :** „Was für die Freien Wähler am 09.11.2006 gut und richtig war ist auch heute gut und richtig.



**Rotes Heidenheim: „Die DKP hat hier Tradition“**